

# Das große Unbehagen

**FGIL/SEW-UMFRAGE** Grundschullehrer monieren u.a. Respektlosigkeit und Überforderung

Robert Schneider

Die Zeiten, als Lehrer neben Pfarrer und Arzt als quasi unangreifbare Respektspersonen galten, sind längst vorbei; dass der Berufsstand mittlerweile über wachsende Respektlosigkeit und einen Mangel an Anerkennung seitens der Gesellschaft im Allgemeinen, aber auch von Eltern und Schülern klagt, mag auf den ersten Blick verwundern.

758 der insgesamt rund 3.000 diplomierten Lehrer, der sogenannten Lehrbeauftragten und einige Quereinsteiger machten bei einer Befragung der FGIL („Fédération générale des instituteurs luxembourgeois“) und des OGBL-Syndikats SEW mit und verdeutlichten so das tiefe Unbehagen, das unter der Lehrerschaft herrscht: Hohe Krankenstände, ein großer Wunsch vieler Lehrer nach Teilzeit und Klagen über mangelnden Respekt prägen die Aussagen der Umfrage, die SEW-Präsident Patrick Arendt zum Anlass nimmt, eine breite Kampagne für eine gesellschaftliche Renaissance des Berufs zu starten.

Entgegen der Aussagen von Bildungsminister Claude Meisch, der so tue, als sei in den Schulen des Landes alles in bester Ordnung, klappe immer weniger in den Grundschulen. Fehlende Lehrer, ein aufgeblasener Verwaltungsapparat, Wegfallen von zahlreichen Unterrichtsstunden seit Einführung der Kontingente pro Schule, Inklusion von Kindern mit speziellen Bedürfnissen fast ohne Hilfestellung, weggefallene Nachhilfestunden, Kinder, die nicht mehr zur Ruhe kommen, neu eingesetzte Regionaldirektoren, die keinen Mehrwert bringen: Die Liste der Beschwerden ist lang und wird nun durch die mehr als repräsentative Umfrage bestätigt (eine ähnliche Erhebung läuft übrigens zurzeit bei den Sekundarschullehrern).

So fühlen sich die meisten Lehrer stark gefordert bis überfordert: Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht gefordert) bis 5 (überfordert) beträgt der Durchschnittswert der angegebenen

Antworten circa 3,5. 10 Prozent der Lehrer gestehen, dass sie überfordert sind. Hätten sie die Möglichkeit, von vorne zu beginnen, würden knapp zwei Drittel den Beruf unter den aktuellen Bedingungen nicht noch einmal wählen, dies obwohl über 97 Prozent angeben, sie würden gerne Kinder unterrichten. Drei Viertel gar würden Jugendlichen von der Berufswahl des Lehrers abraten. 56 Prozent dachten sogar schon über einen Berufswechsel nach.

## Von Schlaflosigkeit bis zum Burn-out

Auch gesundheitlich geht der Beruf nicht spurlos an den Lehrern vorbei, auf einer Skala bis 5 stufen die Studienteilnehmer die Belastung ihres Jobs um den Wert 3 ein. Noch aussagekräftiger sind allerdings die beigefügten Kommentare. Ganze Krankengeschichten bekamen die SEW-Verantwortlichen präsentiert: Von Unruhe, Schlaflosigkeit über Angstzustände bis hin zu Depressionen reichen die Auswirkungen des Schulalltags.

Respektiert fühlen die meisten Lehrer sich mittlerweile kaum noch. Empfinden sie im Bekanntenkreis noch ein gewisses Maß an Respekt, so ist dies seitens der Medien, der Politik und der Gesellschaft weitaus weniger der Fall. Auch die Ergebnisse beim empfundenen Respekt der Eltern und Schüler sind verbesserungsfähig.

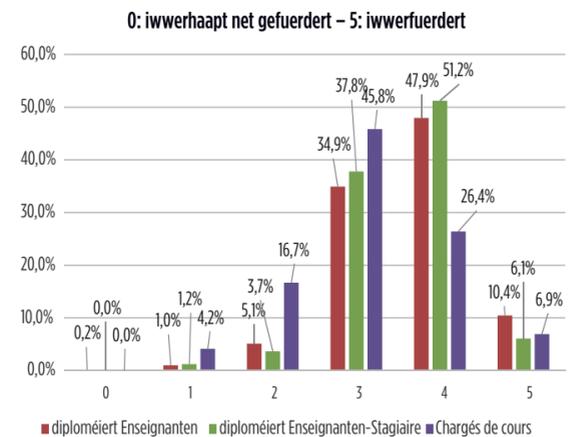
Die Regionaldirektionen, die unlängst geschaffen wurden, kommen bei der Lehrerschaft überhaupt nicht gut an. 35 Prozent empfinden diese neuen Gremien als zusätzliche Belastung bei der Arbeit, bestenfalls haben sie keinen Einfluss auf diese (52 Prozent der Antworten).

Es sei demnach höchste Zeit, die Schule zu retten, so das SEW, das möchte, dass über das Thema verstärkt öffentlich diskutiert wird. Immerhin scheint der explosive Inhalt der Studie das Ministerium schon aufgeschreckt zu haben; erste Zeichen hierfür machten die Lehrervertreter bereits aus.

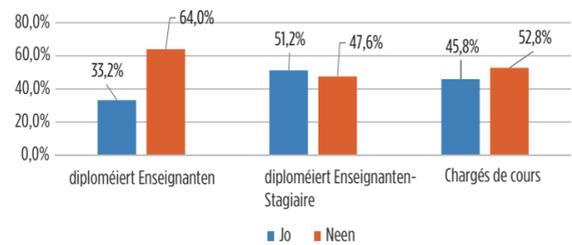


## Wueibefannen am Beruff

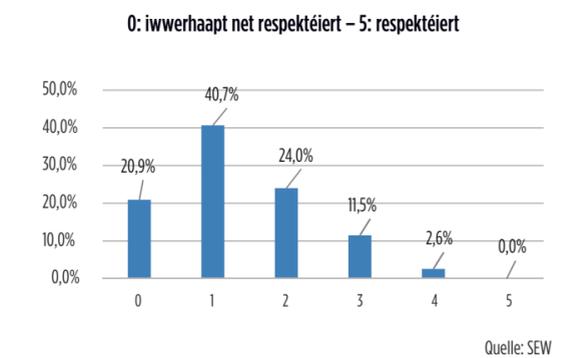
Wéi belaauscht fills Du dech aktuell an dengem Beruff?



Frage	Jo	Neen
Häls Du gäre Schoul?	97,3%	2,2%
Geïfs Du de Beruff, ënnert den aktuelle Konditiounen, nach eng Kéier wielen?	36,5%	61,3%



## Bass Du der Meenung, datt de Beruff vum Enseignant vun der Gesellschaft respektéiert gétt?



# Das wirtschaftliche Potenzial einer Weltausstellung

**DIPLOMATIE** Regierung hält Präsenz auf Expo in Dubai für gewinnbringend

Yves Greis

Luxemburg nimmt 2020 an der Weltausstellung in Dubai teil. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) hätten wirtschaftlich viel zu bieten, sagt die Regierung.

Das Land sei bereits jetzt der wichtigste Handelspartner Luxemburgs in der Golfregion und berge viele Chancen, schreibt die Regierung in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der oppositionellen Piratenpartei.

Die Weltausstellung im kommenden Jahr in Dubai sei eine Chance, um die Beziehungen und die Zusammenarbeit mit den lokalen Partnern weiterzuentwickeln und neue Partnerschaften aufzubauen, die auch nach der Expo bestehen bleiben sollen. Dabei könne es sich um Bezie-

hungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich handeln.

Besonders die Wirtschaft und die Betriebe würden mittel- und langfristig daraus einen Nutzen ziehen. Konkrete Zahlen könne die Regierung noch nicht nennen.

Das Motto der Veranstaltung lautet „Connecting minds, creating the future“. Es entspricht der Vorstellung Luxemburgs von einer „qualitativen und nachhaltigen Entwicklung“ des Landes, so die Regierung weiter. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft seien die Baumaterialien aus denen der luxemburgische Pavillon besteht, zu mindestens 70 Prozent wiederverwertbar.

Die VAE werden von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International kritisiert. Zu den Vorwürfen, die die NGO 2018 an das Land gerichtet hat,

zählen unter anderem Einschränkung der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, Benachteiligung von Frauen im Alltag, Anwendung der Todesstrafe und Folter von Inhaftierten.

## Arbeitsrecht

In einem Bericht prangert Amnesty International außerdem die Ausbeutung der größtenteils immigrierten Arbeiterschaft an. Die Piraten wollen mehr Informationen zu den Rechten der Arbeiter, die den luxemburgischen Pavillon bauen.

Die Regierung antwortet darauf, dass die beteiligten Unternehmen dem lokalen Arbeitsrecht unterliegen. Zusätzlich hätten die Organisatoren der Ausstellung weitere, strengere Regeln festgelegt, deren Umsetzung überwacht werde, behauptet die

Regierung. Die Länder würden regelmäßig darüber informiert werden, ob sich die Unternehmen an diese Vorgaben halten. Die Regeln betreffen Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen und -zeiten sowie die Unterbringung der Arbeiter.

Die Regierung schreibt ebenfalls: „In den letzten Jahren wurden in den VAE zum Beispiel Gesetze über die Rechte von Arbeitern erlassen und die VAE setzen sich in der Golfregion für eine Verbesserung der Frauenrechte und für eine offenerere und tolerantere Gesellschaft ein.“

Luxemburg pflegt seit 1980 diplomatische Beziehungen mit den Emiraten. 2011 eröffnete das Großherzogtum eine Botschaft in Abu Dhabi.

Die Regierung bezeichnet die Beziehungen als vielschichtig: „Mir schwätzen an eise bilaterale Kontakter mat de VAE all Sujet

oppen an direkt un, eis politesch, finanziell a wirtschaftlech Interessen an och de Respekt vun de Mënscherechter.“

Eigenen Aussagen zufolge forderten die Vereinigten Arabischen Emirate die Menschenrechte sowohl im eigenen Land als auch weltweit und hätten eine Reihe von Menschenrechtsabkommen unterzeichnet, unter anderem gegen Folter, gegen die Diskriminierung von Frauen und für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die luxemburgische Regierung weist allerdings auch darauf hin, dass die VAE immer noch die Todesstrafe anwenden.

Luxemburg lässt sich die Weltausstellung in Dubai 32 Millionen Euro kosten. Die „privaten“ Partner – Post, SES und Handelskammer – tragen mit jeweils 2,5 Millionen Euro zur Finanzierung des Pavillons bei.